

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo. wöchentlich 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bestellungsstelle: Danf der Arbeiter, Angestellten und Beamten, U.-G.,  
Damm 6, 14 - Postfach 1010 Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16  
Fernsprecher 6-21, 628 41

Ersteinstellung wöchentlich am Samstag  
Anzeigenpreis: Für die 10 gespaltene Millimeterzeile 1,00 M.; für  
den Stellenmarkt 90 Pf. - Eingetragen in die Reichsanzeigerliste

### Die Kumpels recken sich

**F.K.** Seit dem 17. Oktober ruht im mitteldeutschen und im ostelbischen Braunkohlengrube die Arbeit. In dem ersten sind etwa 41 000, in dem andern 28 000 Leute beschäftigt. Von diesen 69 000 Mann stehen etwa 95 vH im Streik. Was weiterschafft, sind allermeist Notstandarbeiter, die von den Gewerkschaften erlaubt wurden. Für eine so prompte Einmütigkeit im Streiken ist so leicht ein Beispiel nicht zu finden. Und die ganze Bedeutung dieser Einmütigkeit kann man erst ermessen, wenn man weiß, daß die Braunkohlenarbeiter verhältnismäßig schwach organisiert sind, das heißt, daß die meisten ihre Arbeitsstellen und Verdienst im Stiche liegen ohne Aussicht, dafür einen Ersatz in der gewerkschaftlichen Unterstützung zu bekommen. Wie muß diese Arbeiterschaft geschunden und geschoren worden sein, daß sie lieber aufs Ungewisse streikt und hungert, als weiter dem Verdienste nachzugehen.

Die mitteldeutsche Bergarbeiterschaft (und auch die ostelbische) zählt in der Tat zu der am schlimmsten ausgebeuteten — und zur geduldesten. Hier waren lange vor dem Kriege die wirtschaftsfeindlichen Arbeiter stark vertreten. Der gewerkschaftliche Arbeiter fand da nur zu oft taube Ohren. Die menschlichen Kräfte waren als proletarische Musterknaben sprichwörtlich geworden. Wie sie sollten nach der Unternehmenspresse alle deutschen Arbeiter sein, dann werde die Wirtschaft blühen, dann könnten die Unternehmer besser verdienen und dann auch den Arbeitern mehr zahlen. Was es mit diesem Geschwätz auf sich hat, läßt sich an der elenden Lage der Kumpels des Braunkohlensieles erkennen. Sie sind den wirtschaftsfeindlichen Wollensängern zuhause geblieben, von der Vereinigung ihrer Klassenangelegenheiten wollten sie nichts wissen, der Bergbau ist auch wirklich zu prächtiger Blüte gelangt und die Bergarbeiter haben jahraus jahrein fette Gewinne eingeheimet — aber die Kumpels sind arm wie die Hirb geblieben. Auf der deutschen Lohnleiter standen sie zu unterst. Daran hat sich auch nach dem Kriege nichts geändert, obwohl nun die Bergarbeiter noch reicher und ihr Protest noch stärker wurde. In der Tat...

Das die Kohlenbau des Kumpels die Bedeutung der Braunkohle für die deutsche Wirtschaft mächtig in die Höhe gehoben hat, ist der oberste Kohlengebietes ist ein altes. Dazu kamen die erfolgreichen Versuche, die Kohle vorteilhafter zu verwerten. Die Braunkohle, einst kaum beachtet, wurde an ihren Förderstellen in elektrische Kraft umgewandelt. Mächtige Überlandzentralen wie Zibornowitz, Bultenstein usw. wuchsen in der stillen Landschaft empor. Durch das Bergbauverfahren, womit Kohle in Öl verwandelt wird, erhielt die braune Erde eine abermalige nie geahnte Wertsteigerung. Neben den elektrischen Kraftwerken schlossen Anlagen des Chemietranks in Bitterfeld, Stolzenburg, Seuna und andernorts rasch in die Höhe.

Es hatten Kriege, Gebietsverlust und Erfindungen goldne Möglichkeiten für Geldanlage und Profit geschaffen. Die deutschen Profitgeier stürzten sich auf die vielversprechende Beute. Zu ihnen gesellten sich die Pörsche und die Pörsche, die in der deutschen Inflationszeit mit ihren höherwertigen scheinbaren Kronen viel von den Braunkohlenvorräten an sich zu reifen vermochten. In kurzen Jahren vollzog sich in den Braunkohlengruben eine tiefgehende Besitzveränderung. Noch größer war jedoch die Umschichtung der Menschen. Die Überlandzentralen verschlangen tagtäglich mächtige Berge von Braunkohlen, die chemischen Werke begleichen und die Nachfrage nach Braunkohle für den Hausbrand wuchs beträchtlich. Um den stetig und gewaltig steigenden Bedarf zu fördern, wurden aus allen Ecken Arbeitskräfte durch Besprechungen und durch die Not herbeigeholt. Ein buntes Gemisch von Menschen fand sich zusammen. Nicht verwachsen mit dem Boden, unverbunden mit ihren Gleichen, ohne gewerkschaftliche Überlieferung und Schulung — eine derartig beschaffene Arbeiterschaft kam den heutzutageigen Bergwerksbesitzern trefflich zupass. Sie nützte die Gelegenheiten mächtigst. Sie betrieben das Geschäft des Unterdrückens und des Lohnquetschens nach Herzenslust. Schließlich kam auch diese geduldige Arbeiterschaft ans Ende des Ertragens. Sie reckte und streckte sich mächtig, nahm eine ungehörige, revolutionäre Gangart an. Die gewerkschaftlich sehr zurückgebliebenen Teile des mitteldeutschen Gebietes wurden zum Mittelpunkt der kommunistischen Aufstände. Man erinnert sich noch lebhaft des Verlaufs wie des Endes dieser Erhebungen. Die Kraft und der Kampfesmut gingen in den aussichtslosen Putzchen wieder dahin. Auf die große Hoffnung folgte eine schwere Enttäuschung. Im mitteldeutschen Gebiet wurde es bald wieder still, sehr still.

Nun fing die Erntezeit der Bergwerksbesitzer erst eigentlich an. Ihre Gewinne wurden immer fetter. Die Kumpels immer ärmer und ausgezehrt; sie blieben weiter auf der untersten Stufen der deutschen Lohnleiter. Selbst nach der Ausbesserung durch den Schiedspruch vom letzten Sommer betrug der Lohn der bestbezahlten Handwerker mit allen Zulagen nicht über 120 M oder 36 M die ganze Woche. Die große Mehrzahl erhielt bei weniger, bis herunter zu 3,50 M den Tag. Und das für eine 12stündige Fron, die gar oft durch die Wege zum Arbeitsplatz auf und ab noch mehr Stunden verlängert wird.

Die Gewerkschaften haben es nicht an Mühe fehlen lassen, die Bedinge zu verbessern. Zuletzt verlangten sie eine Erhöhung von 20 M je Schicht, was einer durchschnittlichen Aufbesserung von 12 vH gleichkommen mag. So beschieden auch diese Forderung, sie scheiterte an der Unnahgiebigkeit der Bergherren. Doch erklärten auch diese wiederholt, daß die Bezahlung einer Aufbesserung bedürfe, dem aber fügten sie bei, der Lohnaufbesserung müsse eine Preiserhöhung der Braunkohle vorausgehen, weil ohnedem die Lohnaufbesserung unmöglich sei.

Die Gewerkschaften sollten sich beim Reichswirtschaftsminister für die Preiserhöhung einsetzen, dann könne man über die Lohnforderung reden.

Also: erst Preiserhöhung, dann — vielleicht — Lohnerrhöhung! Das heißt nichts anderes, als daß die schwerreichen Bergherren die Lohnbewegung der Arbeiter zu einer Profitsteigerung für sich nutzen wollen. Wer da will, mag ob solcher Unversoretheit staunen. Allein, zu staunen gibts da nichts. Das ist so der deutschen Profitgeier Gewohnheit. Wenn sie den Lohn um einen Pfennig erhöhen müssen, schlagen sie ein paarmal mehr auf die Warenpreise. Die Bergwerksbesitzer können dieser so netten Gepflogenheit nicht folgen, weil bei der Preisbestimmung der Kohle der Reichswirtschaftsminister mittedet. Und diesen sollten eben die Gewerkschaften für die Preiserhöhung willig machen.

Die Braunkohlensieles bemühen sich, mit allerhand Zahlen nachzuweisen, daß sie ohne Preiserhöhung außerstande seien, mehr Lohn zu gewähren. In bürgerlichen Zeitungen füllen sie ganze Seiten mit der Darlegung, was sie alles in den letzten Jahren an Lohn, Arbeitszeitverkürzung und sozialen Ausgaben geleistet haben und daß sie daher ohne Preiserhöhung eine Lohnerrhöhung nicht mehr bewilligen könnten. Es erübrigt sich, auf dieses Geschwätz einzugehen, dies schon aus dem Grunde, weil die Herren es meisterhaft verstehen, ihre Gewinne zu verschleiern oder als Geschäftsausgaben das huchen, was eine ehrliche Rechnungsführung als Geschäftsgewinn bucht. Auch der (angeblich zu niedrige) Preis der Hausbrandkohle beweist herzig wenig für die Sache der Bergwerksbesitzer, weil ja fast die Hälfte der Gesamterzeugung in die Elektrizitäts- und chemischen Werke geht, wo die Kohle mehr Gewinn bringt als beim Verkauf an die Kohlenhändler.

Alle Zahlenpielerlei kann die Tatsache nicht verwischen, daß das Braunkohlkapital im Jahre 1926/27 eine Dividende von 7 vH eingeheimet hat und daß der jährliche Reingewinn von fünf mitteldeutschen Braunkohlengesellschaften von 1924 bis 1926 von 11,87 auf 16,76 Millionen gestiegen ist. Und jene Dividende wie diese Gewinnsteigerung sind nur ein schwacher Ausdruck für die goldige Ernte des Braunkohlkapitals, da es, wie angedeutet, erhebliche Summen als Abschreibungen, Rücklagen oder Neuanlagen legt.

Nach alledem kann man getrost annehmen, daß die so bescheidene Lohnforderung ohne jede Preiserhöhung sehr wohl bewilligt werden kann. Die Mittel dazu fehlen den Braunkohlensieles ganz bestimmt nicht, wohl aber der gute Wille. Was nicht wundernehmen kann, denn die Braunkohlensieles sind aus dem nämlichen Holze geschnitten wie unsere andern, bekanntlich genialen Wirtschaftsführer. Sie halten sich für fähig, die deutsche Wirtschaft zu höchster Blüte zu bringen; sie behaupten jede Woche dreimal, unter der Soziallast zusammenzubredeln, sind aber dennoch ganz munter; sie können schwere Summen für die Wertgemeinschaften spenden; sie können fette Dividenden einstreichen und vertun; sie können Streikbrecher mit saftigen Würsten bewirten — nur e i n s geben sie vor, n i c h t zu können, nämlich die Arbeiter einigermaßen auskömmlich zu bezahlen. So wird ihnen das eben gelehrt werden müssen. Der jetzige Streik wird es wohl fertigbringen. Die einmütige Erhebung der Braunkohlensieles läßt das hoffen. Was wir zum Erfolg des Ausstandes beigetragen vermögen, wird geschehen. Denn die Sache der Braunkohlensieles ist unser aller Sache. Glückauf!

### Für wen es reicht — für wen nicht

Bei dem gewaltigen Arbeitskämpf, der jetzt im mitteldeutschen Braunkohlensieles ausgebrochen ist, handelt es sich um die Höhe des Arbeitslohns. Und zwar ist hier der immerhin nicht häufige Fall eingetreten, daß beide Teile, Unternehmer und Arbeiter, darin einig sind, daß eine Erhöhung des Lohns notwendig ist. Nur behaupten die Unternehmer, sie könnten sie nicht gewähren, wenn ihnen nicht eine entsprechende Erhöhung ihrer Verkaufspreise zugebilligt würde. Es ist also letzten Endes doch wieder derselbe Kern wie bei allen Arbeitskämpfen: die Unternehmer sind — zum mindesten sagen sie es — für jede Besserung der Lage der Arbeiter zu haben, nur wollen sie nichts dazu bezahlen, alles sollen die Verbraucher hergeben.

Wonach muß sich die Höhe des Arbeitslohns bemessen? Vom Standpunkt des Arbeiters verlangen wir, der Lohn muß mindestens so hoch sein, daß er für den notwendigen Lebensunterhalt des Arbeiters einschließlich seiner Familie ausreicht. Schon auf dieser Grundlage sind weitgehende Meinungsverschiedenheiten möglich. Was gehört zu dem „notwendigen“ Lebensunterhalt? Wieviel kosten die Waren, die ihn bilden usw. Die Unternehmer bestritten indessen diesen Standpunkt überhaupt und halten ihm entgegen — Herr v. Borfig hat das kürzlich in seiner bekannten Rede formuliert — der Arbeiter könne nur so viel kriegen, wie er mit seiner Arbeit an Werten produziert. Selbstverständlich wollen wir an dieser Stelle nicht die beiden Meinungen theoretisch gegeneinander abwägen, das würde viel Raum erfordern. Auch dürfen wir wohl annehmen, daß der Grundfehler des Herrn v. Borfig unsern Lesern bekannt ist. So selbstloser Herr Borfig es auch vorgetragen hat und so einleuchtend es auch klingt, daß vor allen Dingen die ausreichenden Gütermengen vorhanden sein müssen und daß folglich vorher jeder soviel produzieren müsse, wie er verbraucht, so wissen wir doch, wenn wirklich die Arbeitenden all das selber herstellen

würden, was sie hervorbringen, dann bliebe für Dividenden, für Zinsen und für andere Grund- und Kapitalisten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts übrig.

Doch wie gesagt, eine theoretische Vertiefung dieser Dinge ist an dieser Stelle nicht möglich. Wir erwähnen sie nur, um einen gewissen Maßstab zu haben für die gegenwärtigen Vorgänge im Braunkohlensieles. Da zeigt sich denn auf den ersten Blick, daß von einer auch nur entfernt auskömmlichen Entlohnung der dortigen Bergarbeiter keine Rede ist. Der niedrigste Schichtlohn beträgt etwa 3,50 M, der höchste 6,50 M. Aber wenn wir selbst die höheren Löhne der Handwerker in Rechnung legen, die der Generaldirektor Piatschel vor 14 Tagen mit 9 M angegeben hat, so kommen wir erst auf einen Durchschnitt von 6 M je Schicht oder 36 M die Woche. Eigentlich darf man ja in solchen Dingen gar nicht mit dem Durchschnitt rechnen. Denn dem Arbeiter, der 19,80 M die Woche bekommt, nützt es nicht das geringste, daß der Durchschnitt 36 M beträgt. Für den Durchschnitt kann er sich nicht kaufen, sondern nur für die 19,80 M und Pfennige, die er in der Hand hat. Und im vorliegenden Fall brauchen wir den Durchschnitt um so weniger, weil selbst die höchsten tatsächlich bezahlten Löhne nicht ausreichen. Wieviel kostet der notwendige Lebensunterhalt? Aus früheren Darlegungen ist uns schon die Berechnung bekannt. Nach Calver brauchte 1913 eine kleine Arbeiterfamilie (Mann, Frau und nur 2 Kinder) 25 M die Woche allein für Nahrung. Da die Nahrung 55 vH des Gesamtbedarfs ausmacht, so erforderte der Gesamtbedarf vor dem Kriege 45 M die Woche. Dies soll — nach dem amtlichen Index — heute um 50 vH teurer sein; so ergibt sich ein Wochenbedarf von 64 M. Es mag zugegeben werden, daß dabei mehr und bessere Waren angerechnet sind als der Arbeiter in Wirklichkeit kauft. Das wird aber sicherlich ausgedogen durch die viel zu geringe Verteuerung, die der amtliche Index angibt. Abgesehen kommt es auf ein paar Mark mehr oder weniger gar nicht an, denn der vom Generaldirektor Piatschel angegebene Schichtlohn erreicht ja nur 54 M die Woche. Geseht selbst den Fall, der Höchstlohn genüge zum Lebensunterhalt, wo bleiben die vielen Arbeiter, die weniger kriegen bis herab zu 19,80 M? So erklärt sich die Einmütigkeit der Streikenden, so erklärt es sich, daß selbst die bürgerliche Presse schon am ersten Tage die Forderungen der Arbeiter als gerecht bezeichnet hat. Die wirtschaftsfeindlichen Verbände sich stark am Streik beteiligen.

Dem gegenüber sagen die Unternehmer (dem Sinne nach): wir würden ja herzlich gern mehr zahlen, aber wir haben es nicht. Erst müssen wir mehr von den Verbrauchern kriegen, dann sollen auch die Arbeiter mehr haben. Es ist das ja nur eine andere Verkleidung derselben Behauptung des Herrn Borfig.

Haben sie es wirklich nicht? Es wird sich gewiß lohnen, die Jahresberichte aller beteiligten Firmen durchzuarbeiten und zu ermitteln, wieviel Dividenden an die Aktionäre gezahlt worden sind, wieviel Lantien an die Aufsichtsräte, welche Überschüsse durch Abschreibungen und sonst verdeckt worden sind, was für Riesengehälter die Direktoren und Generaldirektoren bekommen usw. Man würde daraus ein Urteil gewinnen, ob nicht schon durch eine Beschnidung dieser Summen so viel zu holen wäre, um die Arbeiter auf eine geraume Zeit zu befriedigen. Dabei könnte die Beschnidung den Betroffenen so viel lassen, daß sie intimer noch weit mehr als den Arbeitern zugebilligten notwendigen Unterhalt von 63 M die Woche hätten. Wenn man uns tagtäglich in den Ohren liegt von der Not und Verarmung des Vaterlandes, der zuliebe jedermann Opfer bringen müsse, dann ist und bleibt es ein Verbrechen, daß manche Leute 200 000 M und mehr jährlich einsparen.

Jedoch, jene langwierige Untersuchung der Jahresrechnungen können wir uns ersparen. Der Zufall kommt uns zu Hilfe. Gerade jetzt wird ein Skandal aus derselben Braunkohlensieles an das Tageslicht gebracht, die ihre Arbeiter mit durchschnittlich 36 M Wochenlohn (1800 M Jahreslohn) abspießt. Ein Skandal, der zeigt, welch ungeheure Summen dieselbe Industrie nebenbei zu verpulvern in der Lage ist. Folgen wir der wegen ihrer Ruhe und Sachlichkeit von allen Bourgeois gerühmten Frankfurter Zeitung, so haben einige Direktoren maßgebender Werke des ostelbischen Braunkohlensieles mit Geldern, die dem Syndikat gehören, eine private Holzhandelsgesellschaft gegründet und dabei die Kleinigkeit von 3 1/2 Millionen Mark zugelegt. Einzelheiten kümmern uns zunächst nicht. Wenn nötig, wird darüber später noch zu sprechen sein. Bezeichnend ist jedoch, daß die Frankfurter Zeitung sehr besorgt ist um die Nachfolge, die aus dem Verlust den Aktionären erwachsen können, daß sie jedoch kein Wort verliert über den klaffenden Widerspruch, daß für Lohnerrhöhungen angeblich kein Geld vorhanden ist ohne Preiserhöhung, so daß es erst zu einem Kriensstreik kommen mußte, daß aber Geld genug da war, millionenweise, um die Privatgeschäfte einiger Direktoren zu spiden.

### Die fünfzügige Arbeitswoche

In der Zeitschrift „Current History“ äußert sich unser amerikanische Kollege John B. Frey, der neue Leiter des Metallarbeiter-Kartells, über die Wirkungen der verkürzten Arbeitszeit auf Industrie und Arbeiterschaft. Seine Ausführungen sind auch für die Beurteilung der deutschen Verhältnisse beachtenswert. Nachdem Kollege Frey einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Arbeitszeit gegeben hat, führt er aus, daß bereits im Jahre 1908 eine Anzahl Unternehmungen den freien Sonnabendnachmittag, also die fünfzügige Arbeitswoche eingeführt hat. Diese Entwicklung hat sich nach dem Kriege verhalten fortgesetzt. In Amerika ist genau wie bei uns in Deutschland jede Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit von den Unternehmern bekämpft worden, angeblich weil sie eine Verringerung der Produktion befürchteten. Diese Befürchtung hat sich nie bestätigt.



# Technik und Werkstatt

## Wie ein Lufthammer arbeitet

Unter den Maschinenhämmern unterscheidet man Fallhämmer, Dampfhammer und Lufthammer. Anfangs konnte man nur die Fallhämmer, die gewöhnlich mit Wasserrädern angetrieben wurden und meistens dazu dienten, aus Eisenklappen die Schladen herauszuschlagen und das zu schmiedende Eisen roh vorzuarbeiten. Der Lufthammer — auch der neuzeitliche — arbeitet immer nur mittels seines eigenen Gewichtes. Er wird durch eine Antriebskraft in die Höhe gehoben und fällt zum Schlage herunter. Der Schlag wird umso wichtiger, je schwerer der Bar des Hammers ist und je größer die Höhe, von der er herabfällt. Für große Leistungen muß man deshalb Eisenhammer bauen, die sehr viel Platz beanspruchen und natürlich auch kostspielig werden. Beim Dampfhammer unterläßt die Spannkraft des Dampfes das Hammergewicht; beim Lufthammer wirkt der Luftdruck.

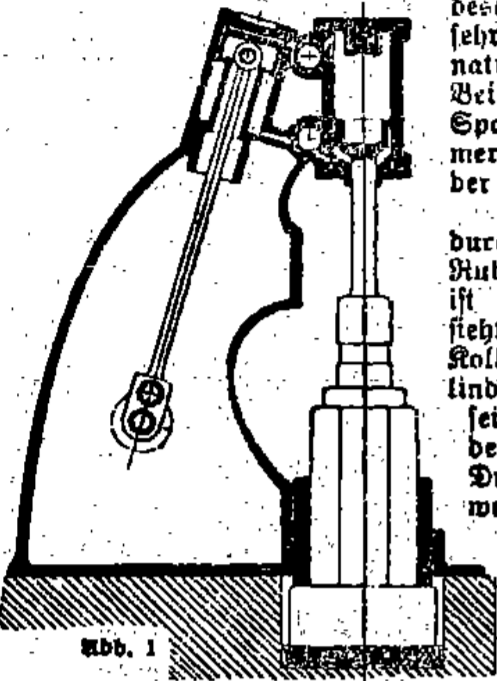


Abb. 1

Abbildung 1 zeigt den Schnitt durch einen Lufthammer, der sich in Ruhestellung befindet. Das Gehäuse ist aufgeschnitten dargestellt. Man sieht zwei Zylinder, in denen ein Kolben arbeitet. Der senkrechte Zylinder heißt Barzylinder, weil sein Kolben an der Kolbenstange den Bar des Lufthammers trägt. Durch die Auf- und Abwärtsbewegungen dieses Kolbens werden die Hammerschläge ausgeführt. Man erkennt ferner, daß der obere Deckel des Barzylinders einen zylindrisch gedrehten Aufsatz hat, der in eine Ausbuchtung des Kolbens genau hineinpast.

Dieser Aufsatz wirkt als Luftpuffer. Ähnlich wie die pneumatischen Zylinder Vorrichtungen, die das Inneinander der Hämmer verhindern. Beim Hammer ist der Luftpuffer deshalb notwendig, weil der Kolben den Zylinderdeckel herausschlagen würde, wenn er unmittelbar dagegen schlägt.

Der schräge Zylinder heißt Kompressorzylinder, denn in ihm wird die Preßluft hergestellt, die den Barzylinder antreibt. Der Kompressorzylinder bewegt sich dabei im Zylinder hin und her, getrieben durch eine Kolbenstange, deren Kurvenfläche — links unten gezeichnet — mit einem Elektromotor in Verbindung steht. Luftströme verbinden die beiden Zylinder miteinander und lassen die Preßluft hindurchströmen. Zur Steuerung dieser die beiden Drahtschieber, mittels deren die Luft auch ins Freie gelassen werden kann. Nicht gezeichnet ist die rechts am Gehäuse angebrachte Führung des Bars.

Abbildung 2 zeigt die Aufwärtsbewegung des Bars. Der Elektromotor dreht die Kurvenfläche und zieht dadurch den Kompressorzylinder nach unten. Im Kompressorzylinder geschieht nun zweierlei: 1. Unter dem Kolben wird die Luft zusammengedrückt; es entsteht Preßluft, die durch den unteren Drehschieber in den Barzylinder eindringt und den Barzylinder nach oben zu drücken sucht. In der Abbildung ist die Preßluft durch Punktierung besonders gekennzeichnet. 2. Über dem Kompressorzylinder wird die Luft gesaugt; es entsteht, wegen des oberen Drehschiebers auch über dem Barzylinder ein luftverdünnter Raum. Der Kompressorzylinder wirkt hier wie eine Art Saugpumpe und sucht den Barzylinder nach oben zu saugen.

In Wirklichkeit vereint sich Preßluft und Saugluft und heben den Barzylinder mit gemeinsamer Arbeit empor. Allerdings setzt die Aufwärtsbewegung des Barzylinders später ein als die Abwärtsbewegung des Kompressorzylinders. Der Barzylinder ist ja durch das schwere Gewicht des Bars belastet und bleibt vorerst unbewegt, bis der Kompressorzylinder soviel Preßluft und Saugluft hergestellt hat, daß dem Barzylinder das Gleichgewicht gehalten wird. Erst dann treibt die Weiterbewegung des Kompressorzylinders den Barzylinder in die Höhe.

In Abbildung 3 steht man, wie der Kompressorzylinder seine unterste Lage erreicht hat. Der Barzylinder befindet sich dann in der obersten Stellung. Man erkennt in dieser Abbildung auch die Wirkung des Luftpuffers.

Die Abwärtsbewegung des Bars — der Schlag des Hammers — geht aus Abbildung 4 hervor. Es wirken jetzt drei Kräfte auf den niederfahrenden Hammer: 1. Die Preßluft; der aufwärtsgehende Kompressorzylinder verdichtet die Luft im Kompressorzylinder, treibt sie durch den Drehschieber in den Barzylinder und drückt den Barzylinder dadurch herunter. 2. Die Saugluft; der Kompressorzylinder bildet in beiden Zylindern unterhalb der Kolben luftverdünnte Räume und saugt den Barzylinder herunter. 3. Das Eigengewicht des Bars läßt ihn herniederfallen zum Schlag, das heißt nach erfolgtem Schlag wird dann wieder die in Abbildung 1 gezeigte Stellung erreicht, und das Spiel kann von neuem beginnen.

Die Zahl der Schläge, die ein Lufthammer in der Minute ausführen kann, hängt vom Fallgewicht ab. Je größer es ist, desto langsamer muß man den Hammer arbeiten lassen. Schwere Hämmer, deren Bar nur 200 Kilogramm wiegt, liefern etwa 30 Schläge in der Minute. Bei leichteren Schnellhämmer von 70 Kilogramm Fallgewicht kommt man bis auf 350 Schläge in der Minute. Natürlich haben die Schnellhämmer auch eine kürzere Substanz.

Vergleicht man zwei solche Hämmer von gleichem Fallgewicht (500 Kilogramm) miteinander, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Der Schnellhammer macht 160 Schläge in der Minute, hat einen Fuß von 450 Millimeter und bedarf einer Arbeitskraft von 70 Pferdestärken. Der gewöhnliche Lufthammer bringt bis auf 105 Schläge in der Minute, hat 800 Millimeter Fuß und braucht nur 55 Pferdestärken.

## Die Technik auf dem Physikertag

Kürzlich waren in Riffingen die Physiker beisammen. Man beschäftigte sich dort aber nicht nur mit den Forschungsergebnissen der reinen Physik, sondern sehr eifrig auch mit bedeutenden technischen Fragen. Ohne die grundlegende und fördernde Physik ist heute die Technik gar nicht mehr denkbar, und der Techniker, der von keinem Fach etwas versteht, muß auch über physikalische Dinge Bescheid wissen — gleichgültig, ob er im Forschungslaboratorium sitzt oder hinter der Werkbank steht. Jeder ist diese Erkenntnis immer noch nicht Allgemeingut geworden. Gar viele Techniker stehen heute noch auf dem Standpunkt, die Physik sei viel zu wissenschaftlich geartet, viel zu viel Theorie, als daß sie für die Technik praktische Bedeutung haben könnte. Infolgedessen verläßt man es, Physik zu lernen, obwohl an geeigneten Lehrmitteln, Büchern oder Kursen gewiß kein Mangel ist.

Ohne die Physik gäbe es keine Elektrotechnik, keinen Rundfunk, keinen Flugverkehr. Nur der tätigen Mitarbeit der Physiker verdanken wir unsere Kenntnisse über die Festigkeitseigenschaften der Baustoffe, über die Maschinenführung, Metalllegierungen usw. Es gibt heute überhaupt kein Gebiet der Technik, das nicht in der Physik begründet ist und durch sie zu weiterer Vervollkommenheit ausgebaut wird.

Aus den zahlreichen technischen Fragen, die in Riffingen besprochen wurden, greifen wir nur zwei heraus. Den Nachrichtenstand im Flugverkehr, neue Lichtquellen und das Hochspannungslabel — Technik bedeutsam für den Flugverkehr war die Ausföhrungen des Dr. Wendt (Weiln) über Sender und Empfänger kleiner Wellen auf Flugzeugen. Besonders zur Geltung kam hier der Vorschlag der kleinen Wellen, daß sie nur einer sehr kleinen Sendeanlage bedürfen, die vom Flugzeugkörper aus nach beiden Seiten über die Tragflächen ausgeleitet werden. Die Sendeleistung von 100 Watt liefert ein Windmotor, dessen Propeller — vor dem Rumpfe des Flugzeugs angebracht — vom Gegenwind betrieben werden. Man konnte außerordentlich große Entfernungen damit betriebsfähig überbrücken. Auch die Leistungen eines batteriebetriebenen Senders von nur einem halben Watt Sendeleistung waren erstaunlich. Die Befürchtung, daß der bei kleinen Wellen besonders stark auftretende Fading-Effekt den Empfang stören oder auf gewisse Entfernungen überhaupt stützen könnte, verwirklichte sich nicht. Man konnte in jeder Entfernung vom festen Sender oder Empfänger vollkommen betriebsfähigen Empfang erzielen. Allerdings ist, wie Professor J. A. N. S. der beste Forscher auf dem Gebiete der Radiotechnik, in der Ansprache einwarf, die Zahl der bisherigen Versuche noch zu gering, als daß man endgültige Schlüsse aus ihnen ziehen könnte. Der Fading-Effekt ist eine sehr unregelmäßige Erscheinung, so daß sein Nachwirken bei den Flugzeugfahrten noch nichts beweist. Abgesehen von den Versuchen über den zeitlichen Abschluß durch eine teilweise Zerstörung des Flugzeugs bei der letzten Landung. Ein Flugzeug mit Klein-, Wellen-, Sender- und Empfangseinrichtung wurde anlässlich der Physikertagung in Bad Riffingen gezeigt.

Für den Beleuchtungstechniker besonders anregend waren die Ausführungen Dr. Staupps (Weiln) über neue Lichtquellen. Es handelte sich da einerseits um die bekannten Leuchtöhren, die in der Hauptsache für Neklamezwecke Verwendung finden, und andererseits um die Erzeugung ultravioletten Lichtes für Glimmlampen und Stoffuntersuchungen. Bei den Leuchtöhren mit Kohlenäure- oder Stickstofffüllung liegt der bisher noch nicht überwundene Mangel darin, daß die Gase in ihnen verbraucht werden — durch die Elektroden chemisch oder physikalisch gebunden — und irgend etwas ersetzt werden müssen. Dazu diente bisher eine als „Ventil“ bezeichnete Einrichtung, die aber nicht vollständig befriedigte. Dr. Kiedner zeigte, unterstützt durch Lichtbilder, Anordnungen, mit Hilfe derer die Köhren den Gasgehalt ohne äußere Einrichtungen von innen ersetzen. Die Versuche ergaben sehr beträchtliche Lebensdauern der Leuchtöhren, sind aber noch nicht als vollständig abgeschlossen zu bezeichnen. Das Gleiche muß leider auch von jenen Untersuchungen gesagt werden, die den Bau solcher Leuchtöhren zum Ziel haben, in denen die Gase überhaupt nicht ersetzt zu werden brauchen, weil sie eben gar nicht verbraucht werden. Da sich die moderne Elektrotechnik der Neklambeleuchtung in stets wachsendem Maße zuwendet, so haben die Vervollkommenungen der Leuchtöhren, vollauf sich noch nicht abgeschlossen werden konnten, auch für den Praktiker beträchtliche Bedeutung.

Auch der Erzeugung ultravioletten Lichtes, dessen Hauptquelle bisher die Quecksilberdampfampe ist, konnten neue Wege gebahnt werden. In der medizinischen Praxis haben Einrichtungen dieser Art bereits weite Verbreitung gefunden; in der Technik bedient man sich ihrer in steigendem Maße zur Prüfung von Textilstoffen. Durch die vorbildlichen photographischen Aufnahmen, die der berühmte Professor Wiebe (Weiln) Verträge, Gold aus Quecksilber heranzustellen, seinerzeit großes Aufsehen erregten) mit ultraviolettem Licht an Versteinerungen anstellte, kam man auf eine überraschende Anwendung dieser Lichtart auf die geologische Forschung. Die neuen Verfahren zur technischen Herstellung ultravioletten Lichtes gehen einerseits von gewöhnlichen Glühlampen aus, andererseits von der Wolframbogenlampe. Man konnte feststellen, daß eine elektrische Glühlampe dann eine bedeutende Menge ultravioletten Lichtes liefert, wenn man sie stark überlastet, also mit größerem als dem Normalstrom frant. Natürlich leidet darunter die Lebensdauer der Lampe ganz erheblich. Daß auch die bekannte Wolframbogenlampe, die ebenfalls in einer Glasschale steht, ultraviolettes Licht, ist seit längerer Zeit bekannt. Die Schwierigkeit lag in beiden Fällen nur darin, daß man keine geeignete Glasart hatte, denn die üblichen Glühlampengläser machen den größten Teil des ultravioletten Lichtes dadurch nutzlos, daß sie es verschlucken und nicht durchlassen. Inzwischen gelang es aber der deutschen Glasindustrie, das erforderliche Material zu finden. Es ist anzunehmen, daß nun sehr bald neue Lampen den Weg in die Praxis finden werden, die die Herstellung ultravioletten Lichtes vereinfachen und verbilligen. Ja, man hofft, daß es auf diesem Wege auch gelingen wird, jede Art der künstlichen Beleuchtung (auch für Wohnungen) reicher an ultravioletten Strahlen zu machen und damit dem Tageslicht besser anzupassen. Es erübrigt sich, im einzelnen auseinanderzusetzen, daß dadurch allgemeine, bessere und gesundheitsliche Wirkungen der künstlichen Beleuchtung erzielt werden.

Auch auf dem Gebiete der Fernkraftversorgung mit elektrischer Energie brachte der Physikertag bedeutungsvolle Neuerungen. Dr. Vogel (Köln-Weiln) berichtete über die neuere Entwicklung der Hochspannungslabellechnik. Man war bisher darauf angewiesen, mit Freileitungen zu arbeiten, was sich auch ohne allzu große Beanspruchung der Wirtschaftlichkeit durchführen ließ.

Nachteilig empfand man höchstens die Verengung der Landschaft durch Masten und Leitungen, die Lebensgefährlichkeit und das gelegentliche Auftreten zerstörender Umwetter. Notwendig wurde das Hochspannungslabel zum erstenmal, als es sich darum handelte, Dänemark über den Sund von Norwegen aus mit elektrischer Kraft zu versorgen. Anfangs wagte man nur ein Kabel für 25 000 Volt und stellte zu beiden Seiten des Sundes Transformatoren auf, die die Verbindung mit der 60 000-Volt-Freileitung bildeten. Jetzt ist auch ein 50 000-Volt-Kabel gelegt worden, und man kann betriebsfähig schon bis auf 60 000 Volt in Kabeln gehen. Den Erfolg brachte eine Umwicklung der stromführenden Kupferadern mit ölgetränktem Papier, und zwar so, daß die Festigkeit der Wicklung im Innern am größten war und nach außen abnahm. Auf diese Weise erzielt man einen gleichmäßigen Spannungsabfall über die ganze Kabelstrecke und vermeidet Durchschläge. Es ist anzunehmen, daß die Kabeltechnik bei diesem Erfolge nicht stehen bleiben wird, sondern auch höhere Spannungen zu bezwingen sucht. Wir sind also auf dem Wege zur unerschöpflichen Energieverteilung, die aus mancherlei Gründen recht wünschenswert ist.

## Aus der Geschichte des Fahrrads

Im Kampfe um die Überwindung des Raumes leistet neben anderen modernen Verkehrsmitteln das Fahrrad dem Menschen unerschöpfliche Dienste. Dieses Erzeugnis technisch-erfindertischer Triumphe hat eine jahrhundertlange Geschichte, die in kurzen Strichen dem Denker des Lesers nahegebracht werden soll, der nur allzuoft die Vorteile technischer Erfindungen genießt, ohne sich über deren mühselige Entwicklung klar zu werden.

Das ebenso wie die erste Briefmarke oder die erste Eisenbahn und andere Erfindungen auch das erste Fahrrad verspottet worden ist, wird schon manchen überraschen. Die Geschichte des Fahrrads beginnt bei einem wagenähnlichen vierrädrigen Fahrzeuge. Der eigentlichen Form des Fahrrades gehen drei Vorläufer voraus, die auch in diesem gebräuglichen geschichtlichen Rahmen nicht ungenannt bleiben dürfen:

Der Triumphwagen des Nürnberger Ritzschmieds Johann Gaußich vom Jahre 1649 war auch die beiden anderen Formen sind dadurch charakterisiert, daß sie durch Menschenkraft im Innern des Wagens angetrieben wurden, gerade deshalb gehören sie als Vorläufer in die Geschichte des Fahrrads. Der Wagen des Gaußich wurde durch menschlichen Antrieb der Hinterachse vorwärtsbewegt, die Vorderachse wurde durch einen im Wagen stehenden Mann mittels einer Stange gesteuert. Da der Wagen wegen des ungeheuren Aufwandes, das er erregte, oft bedrängt wurde, brachte Gaußich vorn einen Drahtenlopp an, der durch Druck Wasser spritzte. Außerdem ließ er durch Engel an den beiden Seiten Vorfahrtssignale (erste Düpe) ertönen. Dieser Triumphwagen wurde 1650 von schwedischen und dänischen Königen für ihre Feiertage erworben. Einen ähnlichen Reifewagen konstruierte 10 Jahre später John Vevers in England, allerdings mit dem Fortschritt, daß bereits eine für ein Fahrrad charakteristische Treibrudel, bedient von einem hinten stehenden Schiller, die Hinterachse vorwärtstrieb. Um 1685 erlangte der Nürnberger gelähmte Uhrmacher Hartler einen Selbstfahrer, den er zunächst vierrädrig, dann dreirädrig durch rechts und links vorn angebrachte Handrädern bewegen konnte. Während diese Vorläufer des Fahrrades immer noch zweispurig waren, ist im Jahre 1813 der eigentliche Sturz der Erfindung durch die einspurige Laufmaschine des badiischen Fortwärtlers Drals von Sauerbrunn gegeben, der wie selten ein Erfinder unglücklichen Sport und Spott gerner hat. Erst als er mit seiner Maschine den Weg von Karlsruhe nach Strassburg antrat in 16 Stunden schon in 4 Stunden bewältigt hatte, stieg sein Ansehen, man kann sagen in der ganzen Welt, ohne daß er einen Krug davon hatte, obwohl ihm von der badiischen Regierung ein Patentrecht auf seine Maschine erteilt worden war und sich in England, Frankreich und Amerika ein direkter Kaufmaschinenimport entwickelt hatte. Der Schweinfurter Philipp Heinrich Fischer brachte die Entwicklung des Fahrrads insoweit ein großes Stadium vorwärts, als er zwischen den Jahren 1852 und 1855 anstelle des anstrengenden Vordrätstuhls mit den Beinen auf dem Erboden die Treibrudel am Vorderrad konstruierte, die übrigens gleichzeitig, aber ganz unabhängig von Fischer durch den Franzosen Ernest Michaux erfunden wurde.

Zu dem bekannten Nachrad gelangte man nun aus dem Gedanken heraus, eine Kurvelbedingung nutzbringender zu verwerten: Je höher das Vorderrad war, desto länger wurde der Weg seines Umfanges mit Hilfe einer einzigen Kurvelbedingung. Man mußte aber schon Künstler sein, um dieses Gerät überhaupt zu bestiegen oder sich gefahrlos auf ihm zu halten. In England erlangte man deshalb das sogenannte Känguruhrad, ein Hochrad mit wesentlich kleinerem Vorderrad, was dadurch ermöglicht wurde, daß die Kurbel unterhalb der Treibradachse eine eigene Achse erhielt und beide Achsen durch eine Kette verbunden werden konnten. Durch diese erstmalige sogenannte „Ubersetzung“ konnte man nun auch den Sattel tiefer und bequemer anbringen. Durch den Engländer Lawson wurde das Niederrad in seiner heutigen Form dadurch geschaffen, daß er die Kettenübertragung nunmehr am Hinterrad anbrachte. Jetzt endlich ließ sich auch der Sitz in der Mitte des Rahmens und vor allem auf jeder anbringen. Wie wenig angenehm zu dieser Zeit das Radfahren gewesen sein mag, läßt bei in Amerika geprägte Schmeichelnamen „Knochenhüßler“ erkennen. Auch der Rahmenbau hat sich bedeutend entwickelt. Der Franzose Mayer erstellte 1869 das hölzerne durch ein eisernes Rahmengestell, das in den verschiedensten Formen, Kreuz- oder kreisförmig gehalten wurde. Erst 1886 schuf die englische Firma Gumber den Fahrradrahmen, der auch heute noch bei jedem Fahrrad zu sehen ist. Auch die Räder vervollkommneten sich vom hölzernen zum stählernen Aufbau. Die Radspeichen wurden nicht mehr radial, sondern tangential angeordnet.

Durch die Einführung der Kugellager in den Fahrradbau 1869 leistete der Franzose Swirach der Entwicklung große Dienste. Diese Kugellager wurden nicht nur in der Treibrudel, sondern auch überall dort angebracht, wo Reibung sich störend bemerkbar machte, in den beiden Radachsen und zwischen Steuerrohr und Lenkstangenrohr. Geradezu kunstvoll ist die Konstruktion der Hinterachse vorwärts geschritten: Hinterradnabe mit Mehrfachübersetzung, Freilaufanordnung mit Rücktrittbremse kennzeichnen diesen Fortschritt. Die Krone dieser Entwicklung stellt die Erfindung des Luftreifens dar, ohne den bis heutigen Tages noch das Fahrrad ein „Knochenhüßler“ geblieben wäre.

## Arbeitsmöbel

Von dem Arbeitsgerät hängt in hohem Maße die Erfindung ab. In einer Arbeit über Säge und Zische in Groß- und Kleinbetrieb bringt Medizinalrat Dr. Fischer im Zentralblatt für Gewerbepflege eine Reihe von Bildern, die gezielte Säge- und Arbeitsstühle darstellen sollen. Daran wird die Anregung geknüpft, dem Ausbau für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung zu seiner Materialumstellung geeignete Ausschreibungen und Abbildungen zweckmäßiger Arbeitsmöbel zu übermitteln.

Mit Wohnungsmöbeln, aus dem Gedanken einer neuen Sachlichkeit geformt, beschäftigt man sich eingehend, obwohl diese Möbel nicht so einnehmend in das menschliche Leben eingreifen wie die Arbeitsmöbel. Hier ist die neue Sachlichkeit vor allem angebracht, denn sie dient hier in hervorragendem Maße der Erhaltung des Leibes und der Menschheitswirtschaft.



# Familie und Heim



## Kraftsparende Körperhaltung bei der Hausarbeit

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß das körperlich Anstrengendste im Haushalt das Stehen ist. Nicht etwa nur für die Füße und Beine, die dadurch besonders beansprucht werden, sondern für den ganzen Körper, weil auch die Arm- und vor allem die Rückenmuskeln eine außergewöhnlich starke Spannung dabei erfahren. Denn man steht ja nicht, um zu stehen,

die andere als die für die betreffende Verrichtung unmittelbar in Frage kommenden Muskelgruppen beansprucht. Wenn man nach diesem Grundsatze bisher recht wenig gehandelt hat, so trägt die Hauptschuld wohl daran die alte, aus ganz anderen Zeiten übernommene Tradition: „Aber man kann doch im Stehen nicht arbeiten!“ Mit dieser völlig falschen und sinn-

Energieverbrauch ist höher als beim Sitzen um:

Stehen	Sitzen	Knien	Waden
•	•	•	•

Energieverbrauch bei verschiedenen Stellungen. (Aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie.)

sondern man arbeitet dabei irgend etwas mit den Händen, zum Beispiel Geschirrwaschen, und zwar gewöhnlich leicht nach vorn gebeugt oder gar gebückt (siehe Abbildung), woraus sich außer der Belastung der gesamten Weimuskulatur die allen Hausfrauen leider so wohlbekannte Anspannung vor allem der



Fall 1: Halbgebücktes Stehen strengt übermäßig an.

unteren Rücken, aber auch der Schulter- und Nackenmuskeln ergibt. Daher ist keine Körperhaltung so ermüdend und geradezu gefährlich wie das Stehen und das damit verbundene mehr oder weniger starke Vorbeugen (das an sich schimmere diese Stufen kommt ja nur selten langanhaltend in Frage).



Fall 2: Stehen übermäßig „Körperhaltung“ durch Unterlegen von Sitzungsstühlen für die Kniee vertragen.

Diese bei aller Handarbeit häufige und zugleich gesundheits-schädliche Körperhaltung ist die Hauptursache der meisten Weimuskulaturerkrankungen, wie Krampfadern, geschwollene Füße, Platt- und Krüppelfüße, die in den letzten Jahren so große Ausbreitung genommen haben. Auch ein großer Teil der chronischen Rückenmuskulaturerkrankungen, überhaupt der übermäßigen



Fall 3: Richtige Haltung beim Sitzen

Wichtigsten bei der Hausarbeit muß auf das viel zu weiche Sitzen und Hinsetzen in halbgebückter Haltung zurückgeführt werden. Der einfachste Schritt aus diesem in Form des Arbeitens im Stehen und in jeder Fall nur



Fall 4: Stahl zu tief und Tisch zu hoch

lofen Überlieferung muß endlich reflexlos gebrochen und danach getrachtet werden, bei fast allen häuslichen Arbeitsverrichtungen das anstrengende Stehen mit dem Sitzen in bequemer Stellung zu vertauschen.

Um diese Haltung, das heißt mögliche Entlastung aller Muskeln zu erreichen, ist es vor allem notwendig, auf die richtige Arbeitshöhe zu achten, was keineswegs so schwierig ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn wenn sich auch Tisch und Stuhl im allgemeinen nicht in eine andere Höhe bringen lassen, so kann man doch den Sitz des Stuhles um das notwendige Maß durch Unterlegen eines abgepackten, nicht zu weichen Kissen (mit Holzwolle oder Füllung) erhöhen, das man für diesen Zweck stets in der Küche bereit hält. Auch läßt sich einer der bekannten verstellbaren Dreihähle dafür verwenden, als Arbeitstisch ein verstellbarer Tisch, wie sie in Krankenhäusern üblich sind (siehe Abb.).



Richtig! Ebenes Arbeiten an verstellbarem Arbeitstisch bei gleicher Arbeitshöhe: „vorübergehende“ Zeitung. Füße auf Fußbank

Man kann sich das verstellbare Bügelgestell, das ohne weiteres alles Bügeln im Sitzen ermöglicht, ersparen, indem man einem alten Tisch die Füße so weit abläßt, daß man die Tischplatte niedrig genug bekommt (nicht über den Knien), um bequem auch davon sitzend zu bügeln. Nur bei Ständer- und Ständerstühlen, bei denen man mit aller Kraft von oben auf das Stuhlbrücken muß, braucht man dann aufzustehen. Auch für Gemüseputzen und Abputzarbeit kann man einen solchen Tisch verwenden, wenn man nicht bei Neueinrichtung einen gleich dafür eingerichteten Tisch mit einsetzender

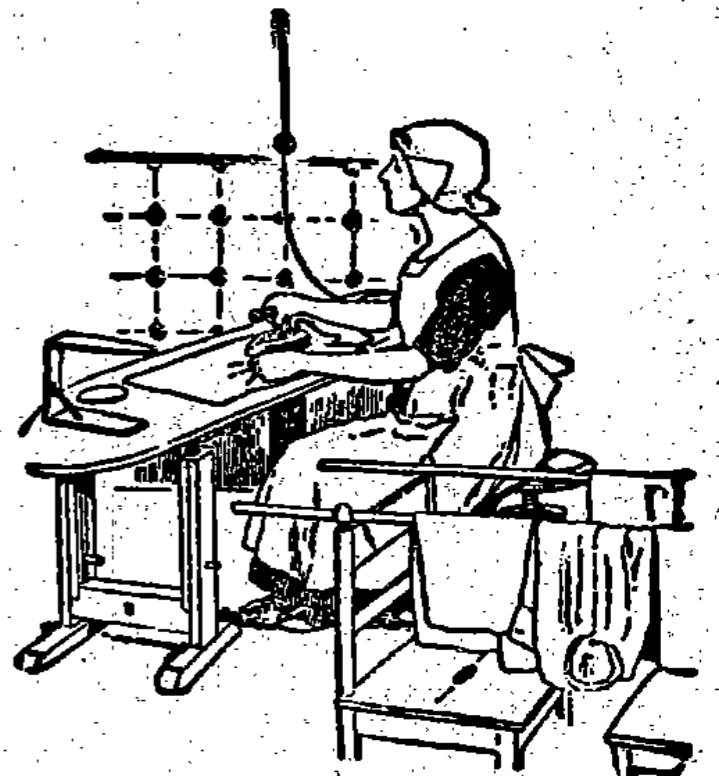


Richtige, frequente Körperhaltung. Der Tisch hat an der äußeren Ecke eine tiefer, herausgehende Arbeitsplatte zum Gemüseputzen usw.

Abputzarbeit und niedrigerer, herausgehender Arbeitsplatte sich anpassen kann, wie ihn die Abbildung zeigt. Einen zu tiefen Arbeitstisch kann man natürlich machen, indem man eine umgedrehte Schüssel hinrichtet und auf diese erst die eigentliche Arbeitstischplatte legt. Reicht man keinen Arbeitstisch und ist gezwungen, in einer gewöhnlich auf den Rückenmuskeln gerichteten Schüssel abzusitzen, so muß man entweder den Sitz des Stuhles noch entsprechend mehr erhöhen oder, was noch einfacher sein wird, man stellt die Schüssel anstatt

auf den Tisch auf eine Bank, Hochstühle oder dergleichen um, gleicht durch eine zweite, umgekehrt gestellte Schüssel auf der Erfindergeist der rührigen Hausfrau sind hier Tür und Tor geöffnet, und ich kann aus meiner eigenen Erfahrung berichten, daß nichts mehr Freude macht, als wenn man bei irgend einem Problem eine neue, bessere Lösung gefunden hat. Erreichen kann man diese immer, es kommt nur auf den Willen an. Ziel sicher im Auge behaltenden Willen an. Um zu einer wirklich idealen Lösung zu kommen, muß man immer wieder bei jeder Arbeit darauf achten, ob man auch bei längerer Dauer keinerlei unangenehme Muskelspannung empfindet. Erst wenn das der Fall ist, darf man zufrieden sein. Dann muß man sich die Anordnung der zu dieser Verrichtung gebrauchten Gegenstände genau einprägen, damit man die Den- und Verknüpfung nicht stets wieder von neuem zu leisten hat und ohne Zeitverlust die erprobte Aufstellung der Gegenstände übernehmen kann.

Auch die geeigneten Hilfsmittel soll man sich so zu halten, wo sie immer wieder gebraucht werden



Richtig! Bügelgestell (DWR)

so zum Beispiel das oben erwähnte Kissen und die sehr wichtige Fußbank für die Füße, wo man sitzend irgend etwas empfinden eine Schüssel, auf den Knien halten will. Außerdem sollte ein zwei- bis dreifüßiger sogenannter „Tritt“ überall vorhanden sein, damit beim Herabnehmen hoch angebrachter Gegenstände beim Reinmachen usw. unnötiges Ausreden vermeiden wird. Alle zur Bearbeitung des Fußbodens verwendeten Geräte verleihe man mit möglichst langen Stielen, zum Beispiel auch den Sandseger.

Viele allgemein verhaßte Beschäftigungen verlieren ihre Schrecken durch kraftsparende Körperhaltung fast ganz, so beispielsweise das der ohne Hilfe arbeitenden Hausfrau oft qualvolle Geschirrwaschen, das sitzend vorgenommen auch von der schon ermüdeten Frau nicht mehr als Anstrengung empfunden wird. Wenn man sich erst einmal klargemacht hat, daß die bequemste Arbeitshaltung auch die zweckmäßigste ist und daß eine unbequeme Stellung sich durch Veränderung der Arbeitshöhe und andere Hilfsmittel immer vermeiden läßt, so wird man bald zu einer nie geahnten Kraftersparnis bei aller Hausarbeit gelangen.

Dr. Erna Meyer (München)

(Sämtliche Abbildungen sind entnommen dem Buch von Dr. Erna Meyer: Der neue Haushalt. Franckh'sche Verlagshandlung Stuttgart. Preis geb. 6.50 M.)

### Im Café

Durch die Straßen der Stadt führt mein Weg. Plötzlich schreie ich dahin. Meine Lichtreflexe trifft mein Auge — ein Café. Ein Moment überlege ich, dann trete ich ein.

Kneipendunst und Geräusch schlägt mir entgegen. Der Kellner kommt, führt mich zu einem Platz, rückt die Stühle zurecht und wartet — Menschenliebe? Ne — Geschäftsimteresse. Ich bestelle. Mein Wunsch wird erfüllt und ich habe Zeit, meine Augen durch das Lokal spazieren zu führen.

Ein Polium — Klavier, Organ und der unvermeidliche Jazzspieler. An den Tischen buntes Durcheinander. Glasfopplige Herren mit biden Bäuchen und schimmernden Ringen an den Fingern. Daneben reizend aus — Bardou — angezogene Madels mit Dubloj und Dauerwelle. Die schlanke Linie ist süßend.

Naechte Arme, süße Weindchen, rosa Strumpfbänder und noch mehr Angeweihe — „Herz, sei still!“

Musik. Charleston. Man tanzt oder tut so. Durch die kleinen Tischchen drängt man sich. Leiber schmiegen sich aneinander. Die Einseitigkeit der Musik überträgt sich auf die Langenden. Die leuchtende Lippen, flammende Augen mit glühendem Begierden lauchende Hände — Croit!

Feinlich. Man ist krampfhaft bemüht, zu verbergen. Vergeblich. So: Gros lach und schwingt sein Szepter mit triumphierender Gebärde. Ist das? Kein Ausblick unserer Zeit, der rasenden sich ernern. Ka:ur will ihr Recht. Die Form wird bestimmt durch die Verhältnisse.

Ich sitze und höre. Draußen ist schwarze Nacht. Arme Menschheit! Nacht ist Leben, ist die Zeit des Menschleins geworden. Kein trübes Erwachen am Morgen.

Aber es kommt der Tag, an dem sorglose Menschenkinder in goldenen Sonnenlicht lachen, lieben und leben werden. Menschheitstag! Doch einstweilen triumphiert die Nacht.

Der Kellner kommt und ich zähle. Dann nach Hause. Der kommende Tag wartet auf mich und die anderen. D a x l e r i s t

### Langschläferei — ein Scheidungsgrund

Bei einer Scheidungsverhandlung in Philadelphia wurde die Frau als der schuldige Teil erklärt. Das war eine Folge ihrer Langschläferei. Der Richter stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Frau, die sich weigert, dem Manne das Frühstück zu bereiten und statt dessen weiter schläft, keinen Anspruch auf Unterstützung durch den Ehemann habe. Eine Frau, die sich morgens nicht von ihr Bett trennen könne, sei für den Manne ein Unheil und eine reine Zeitverschwendung. Es handelt sich aber um Dinge, um die nur eine bürgerliche Ehe





# Wirtschaftskämpfe

## In dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Die Unflarheiten, die in der Erwerbslosenfürsorge bei Wirtschaftskämpfen bestanden, sind auch in dem am 1. Oktober in Kraft getretenen Gesetz noch vorhanden. Es muß dies überlassen, weil den maßgebenden Stellen die bisherigen Unflarheiten und Mängel bekannt sein mußten. Die §§ 63, 90 und 94 behandeln Pflichten und Rechte der Beteiligten bei Ausstand oder Aussperrung. Neben Ausstand und Aussperrung gibt es aber noch ein drittes wirtschaftliches Kampfmittel, den Boykott (siehe Kasten Arbeitsrecht, 2. Aufl. Seite 313). Dieses wirtschaftliche Kampfmittel besteht aber in der Arbeitslosenversicherung überhaupt nicht. Wie bisher sollen Arbeiter gezwungen werden, entgegen den Anordnungen ihrer Organisation die vom Arbeitsamt zugewiesenen Stellen in gesperrten Betrieben anzunehmen, andernfalls ihnen die Erwerbslosenunterstützung entzogen wird. Dadurch wird aber der Grundsatz der Neutralität, der in der amülichen Erklärung von Weigert-Spruy besonders betont wird, durchbrochen und es tritt eine einseitige Begünstigung der Unternehmer ein. Es bleibt also bei der Auffassung des Reichsarbeitsministers, wie er sie im Reichsarbeitsblatt Nr. 16 vom 24. April 1926 folgendermaßen verkündet hat:

Nach der Rechtsauslegung, die sowohl in der Behrmeilung wie in der praktischen Anwendung der Erwerbslosenfürsorge seit Jahren nahezu unbestritten herrscht, ist die Unterfügung einem Erwerbslosen nicht deswegen auf Grund des § 13 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Febr. 1924 (Reichsgesetzblatt I Seite 127) zu versagen oder zu entziehen, weil er sich weigert, eine Arbeit anzunehmen, die durch Aussperrung oder Ausstand herbeigeführt ist. Es wird nun die Frage aufgeworfen, ob eine Sperre (Boykott), die von einer Arbeitnehmerorganisation über einen Betrieb verhängt ist, für die Erwerbslosenfürsorge einem Ausstand gleichzuachten ist. Die Frage ist zu verneinen.

Die erwähnte Auslegung des § 13 beruht darauf, daß es nach der Anschauung weiser Kreise des Volkes, insbesondere der ganz überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmerschaft als unehrenhaft gilt, wenn Erwerbslose einen Arbeitskampf, den andere unter eigenen, oft erheblichen Opfern führen, verweigern und deren Arbeitsstellen selber besetzen. Bei der bloßen Sperre liegt ein solcher Kampf nicht vor. Sie besteht vielmehr nur darin, daß ein Arbeitnehmerverband seinen Mitgliedern verbietet, in einem bestimmten Betriebe frei werdende Stellen anzunehmen. Von den Betriebsangehörigen wird dagegen nicht verlangt, daß sie ihre Arbeit niederlegen; es werden ihnen damit keine Opfer zugemutet, und es entfällt somit der wesentliche Grund, aus dem im Falle des Streiks die Verweigerung sogenannter Streikbrucharbeit den Erwerbslosen gestattet wird, ohne daß sie ihre Unterstützungsrechte verlieren.

Bei der großen Masse der Arbeiter, besonders bei den organisierten gilt es als unehrenhaft, eine freie Arbeitsstelle bei einem Wirtschaftskampf anzunehmen, ganz gleich, ob dabei erhebliche oder unerhebliche Opfer gebracht werden. Entscheidend ist einzig und allein, daß die Annahme der Arbeitsstelle durch Verhängung der Sperre von der Gewerkschaft verboten ist. Im übrigen bedeutet für den Erwerbslosen die Ablehnung einer angebotenen Arbeitsstelle auch ein erhebliches geldliches Opfer. Wenn ferner die Gewerkschaft und mit ihr die allgemeine Auffassung zu dem Ergebnis gelangt ist, daß Streikbruch fützlich zu verurteilen ist, so ist das weniger auf die zu bringenden Opfer zurückzuführen, als vor allem auf die herausgebildete Berufsehre und Solidarität der Arbeiterschaft. Es gilt als unehrenhaft, wenn einzelne Mitglieder der Klasse eines augenblicklichen Vorteiles wegen den Kampf der Gesamtheit um Besserstellung oder Abwehr einer Verschlechterung sabotieren. Das gilt aber für den Boykott genau so wie bei einem Streik.

Von vielen Unternehmern wird nun genau wie bisher in der Praxis folgendermaßen verfahren werden: Die Firma X beabsichtigt, die Arbeitspreise herabzusetzen. Sie meldet wegen „Arbeitsmangel“ die Betriebsstilllegung an und erhält vielleicht noch eine Verlängerung der Sperrfrist. Einige Tage nach der Stilllegung werden die Arbeiter wieder beim Arbeitsamt zu herabgesetzten Arbeitspreisen angefordert. Da Arbeitsverträge nicht mehr bestehen, können die Verschlechterungen durch Streik nicht abgewehrt werden. Eine Abwehr ist in diesem Falle nur möglich durch die Rechtsform des Boykotts. Diese Möglichkeit ist aber nicht gegeben, wenn der Erwerbslose durch Entziehung der Unterstützung zur Annahme der Arbeit gezwungen wird. Wie bei dem Streik und der Aussperrung muß der Arbeiter auch in diesem Falle das Recht haben, die Annahme der Arbeitsstelle abzulehnen, ohne daß die Entziehung der Unterstützung Rechtsfolge ist. Daß es sich bei einem Boykott um die bestimmte Form eines Wirtschaftskampfes handelt, ist wissenschaftlich unbestritten.

Es ist notwendig, daß sich der Verwaltungsrat der Reichsarbeitsämter mit dieser Frage eingehend befaßt und klare Richtlinien erläßt.

Unklar ist auch der § 90. Gemäß § 90 Abs. 2 Nr. 3 wird für die Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung Unterstützung nicht gewährt. In der Praxis treten nun wieder die alten Schwierigkeiten auf. Die Belegschaft eines Betriebes wird zum Beispiel ausgesperrt oder tritt in den Streik. Einige Leute haben die Absicht, überhaupt nicht wieder bei der Firma anzufangen und suchen sich andere Arbeit. Durch Annahme der neuen Arbeitsstelle geht der ursächliche Zusammenhang mit dem Streik verloren. Wird der Arbeiter nun bei der letzten Firma wegen Arbeitsmangel einlassen, so müßte eigentlich ein Rechtsanspruch auf Unterstützung bestehen, obgleich der Streik oder die Aussperrung bei dem früheren Arbeitgeber noch weitergeht. Es gibt Fälle, wo das neue Arbeitsverhältnis mehrere Monate dauerte und trotzdem keine Erwerbslosenunterstützung bezahlt wurde, weil der Kampf noch nicht beendet war. Verschiedene Arbeitsämter vertreten die Auffassung, das neue Arbeitsverhältnis müßte mindestens 3 Monate bestanden haben, wenn Unterstützung gewährt werden dürfte. Bei den meisten Arbeitsämtern wurde aber, solange der Kampf nicht beendet war, für diese Leute grundsätzlich keine Unterstützung gezahlt, auch dann nicht, wenn das neue Arbeitsverhältnis viel länger als drei Monate bestanden hätte. Eine Vorschrift, daß das neue Arbeitsverhältnis in solchen Fällen von einer bestimmten Dauer sein müsse, bevor Erwerbslosenunterstützung gewährt werden könnte, gab es bisher nicht und gibt es auch leider in dem neuen Gesetz nicht. Auch in diesem Falle wird der Verwaltungsrat eine Klärung der Rechtslage herbeiführen müssen.

Wesentliche Verbesserungen gegen früher enthält der § 94. Wenn bisher Arbeiter eines nicht am Streik beteiligten Betriebes nicht weiterbeschäftigt werden konnten, weil ihnen vom besperrten Betrieb das notwendige Material nicht geliefert wurde, durfte diesen mittelbar vom Streik betroffenen Arbeitern Erwerbslosenunterstützung nicht gewährt werden. Wenn zum Beispiel bei einem Bergarbeiterkampf die Kohlenzufuhr stockte und ein Werk eines ganz anderen Bezirks wegen Kohlenmangel

ganz oder teilweise stillgelegt wurde, erhielten die Betroffenen keine Erwerbslosenunterstützung.

Jetzt darf gemäß § 94 in Fällen, in denen die Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder Aussperrung mittelbar verursacht ist, namentlich bei Ausstand oder Aussperrung außerhalb des Betriebes, des Berufskreises oder des Arbeits- oder Wohnortes des Arbeitslosen Unterstützung gewährt werden, wenn die Verweigerung eine unbillige Härte wäre. Der Verwaltungsrat soll Richtlinien darüber erlassen, in welchen Fällen eine unbillige Härte anzunehmen ist. Ob und von welchem Zeitpunkt an eine unbillige Härte vorliegt, entscheidet der Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts, welcher für diese Entscheidungen durch zwei Beisitzer verstärkt wird, die weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein dürfen.

## Die Arbeiterpolitik des englischen Chemietrusts

Die chemische Industrie Englands ist in einem Großunternehmen „Imperial Chemical Industries Ltd.“ zusammengeschlossen. Damit haben die Engländer, entgegen ihren Gepflogenheiten, in einem Unternehmen den Ertraggebern überwiegend, um sich national und international durchzusetzen, hat man diesen Weg beschritten. Bereits der Name sagt, daß sich dieser Trust nicht auf England beschränkt. Im Gegenteil, er unterhält Fabriken in der ganzen Welt. Die Werke befinden sich in Australien, Kanada, Südafrika, Neuseeland, Indien, Südamerika und natürlich in England selbst. Zu den Haupterzeugnissen gehören Kali, lausitische Soda, Bleichmittel, Seife, Stickstoffprodukte, Farbstoffe, Erzeugnisse, die aus der Verflüssigung der Kohle stammen, Brennstoffe usw. Der Kopf dieses Unternehmens ist der bekannte Industrielle I. C. M. D. In diesem Unternehmen, das rund 40.000 Arbeiter in England beschäftigt, wird jetzt der Versuch gemacht, die Arbeiterfragen neu zu regeln. Dieser Versuch besteht in folgendem:

In allen Werken des Trusts werden Betriebsräte (Social Works Councils) gebildet. Diese lokalen Betriebsräte werden in einem Zentralbetriebsrat (General Works Council) zusammengefaßt. Dieser tritt unter dem Vorsitz von Sir Alfred Mond zusammen. Alle Arbeiter, welche 5 Jahre dem Betrieb angehören, können in den „Works Councils“ befördert werden. Diese bevorzugten Arbeiter erhalten Lohnlohn statt Stundenlohn, stehen im monatlichen Verdienstverhältnis und erhalten Krankheitsstage, während einer Erkrankung bis zu sechs Monaten, mit vollem Lohn bezahlt. Es ist vorgesehen, daß bis zu 50 oder mindestens fünf Jahre beschäftigten Arbeiter in diese gehobene Stellung eintreten. Des ferneren erhalten die Arbeiter das Recht, Aktien der Imperial unter dem Vorbehalt zu erwerben. Arbeiter, die 200 Pfund oder weniger im Jahre verdienen, erhalten außerdem eine Freialte auf je vier gekaufte Aktien. Außerdem wird eine monatlich erscheinende Zeitschrift herausgegeben und den Arbeitern gestiftet. Das ganze hier skizzierte System erhält seine Spitze in einem Zentralarbeitsamt (Central Labour Department) des Trusts, das der Leitung des Sohnes Mond's untersteht.

Uns sind Einrichtungen, wie sie in England jetzt durchgeführt werden, teilweise bereits bekannt. Haben wir doch Betriebsräte der einzelnen Konzernbetriebe schon längst und Zentralbetriebsräte ebenfalls. Auch so etwas wie Arbeiteraktien haben wir zum Beispiel bereits bei der Firma Krupp kennen gelernt. Den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit haben derartige Einrichtungen nicht zu überbrücken vermocht. Und erstens ist immer noch am richtigsten, in starken Organisationen erst einmal die Grundlage zu einer Beschäftigungsmöglichkeit zwischen Arbeit und Kapital zu schaffen.

Die geplanten sozialpolitischen Neuerungen des Chemietrusts sollen auch auf andere Gewerbe oder Betriebe ausgedehnt werden. Wie wir der Londoner Daily News vom 19. Oktober entnehmen, hat zwei Tage vorher Alfred Mond auf einer Konferenz im Mansion House ein Programm für die Begründung des Industrial Relations Act vorgetragen. Es soll nächstens eine Konferenz von Industrie- und Gewerkschaftsführern stattfinden, um dem Programm praktische Form zu geben. Ob die führenden Gewerkschaftskräfte an diesem Vorhaben mitwirken, steht nirgends geschrieben. Immerhin sollen nach dem Londoner Blatt die Gewerkschaftsführer zu der Konferenz eingeladen werden. Daß dieser neueste Versuch, den Wirtschaftsfrieden zu begründen, erfolgreicher sein wird als die zahllosen früheren, ist nicht gerade wahrscheinlich. Die englische Industrie ist seit Jahren in einer schlimmen Lage. Will sie nicht noch weiter von den Rivalen im Auslande zurückgedrängt werden, so muß sie sich organisatorisch wie technisch gründlich umstellen, das heißt rationalisieren. Diese Umwandlung wird um so schneller und erfolgreicher sein, wenn sie durch Ausstände nicht nur nicht gehindert wird, sondern die Arbeiter emsig bei der Rationalisierung mithelfen. Die eifrige Mithilfe der Arbeiter ist auch insofern sehr erwünscht, weil die gelerntten Leute meist gut organisiert sind und ihre Arbeitsregeln der technischen Umstellung sehr im Wege stehen. Dies alles scheint den Leiter des Chemietrusts zu bestimmen, das Register des industriellen Friedens zu ziehen. Es ist allerdings zuzugeben, daß Mond von anderem Format ist, als die deutschen Silberberge und daß, wenn er von Zusammenarbeit zwischen Arbeiter und Unternehmer spricht, sich nicht gleich die proletarischen Schamesseln bewegen. Er wird darum auch nicht wie sein deutscher Standesgenosse, mit törichtsten Bedingungen für die Arbeiter den Versuch der Zusammenarbeit beginnen, sondern sich zu allerhand Konzessionen wie Gehaltssteigerung, Arbeiteraktien, Mitbestimmungsrecht bereit zeigen. Ob diese Konzessionen die Gewerkschaften willens machen, dem Rufe Mond's zu folgen, weiß man noch nicht. Sicherlich werden sie nicht unterlassen, deutlich zu sagen, wie sie sich die Zusammenarbeit denken. Ob dann Mond noch gereizt ist, seine Bemühungen um den industriellen Frieden fortzusetzen, muß abgewartet werden.

## Aus Sowjetrußland

### Befolgung der Arbeiterkorrespondenten

Die sogenannten Arbeiter- und Bauernkorrespondenten sind Personen aus dem Kreise der Belegschaft industrieller Werke oder aus dem Kreise der Bauernschaft, die die Aufgabe haben, Verhältnisse und Schäden in der allgemeinen Verwaltung und in den Betrieben dadurch anzudeuten, daß sie der Presse Berichte zu senden. Diese Korrespondenten gehören größtenteils der kommunistischen Partei an. Die Vorteilhaftigkeit ist aber nicht unbedingt Voraussetzung für die Ausübung der Korrespondententätigkeit. Die Partei selbst legt Wert darauf, daß auch Parteilose als Korrespondenten wirken, damit parteipolitische Absichten nicht zu sehrutage treten. Es liegt jedoch auf der Hand, daß nur solche Parteilose zu Korrespondenten bestellt werden, von denen feststeht, daß ihre ganze Neigung der Partei gehört und sie dem Sowjetregime reiflos ergeben sind. Nach dem Gedanken der Sowjetregierung bildet die Einziehung der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten in gewissem Sinne einen Ersatz für die Pressefreiheit.

Die Korrespondenten haben sich meistens vielfach die Feindschaft bestimmter Bevölkerungskreise zugezogen. Darauf weist vor allem die große Zahl von Wörtern und Worten an, die auf sie fortwährend verübt werden, hin. Fast jede Nummer der großen Sowjetzeitungen enthält eine Rubrik, in der die Überfälle, Vermordungen und Attentate angeführt werden, sowie von Fällen heimlicher Entlassung und Verhüllung des Korrespondenten auf schlechter besetzte Posten berichtet wird. Wir entnehmen den Zeitungen folgende Berichte:

Im Dorf Nijne-Seregow des westpolschen Kreises haben die Dorfbewohner (Kulaki) S. und A., während der Abwesenheit des Bauernkorrespondenten Litwinski, einen Überfall auf seine Wohnung verübt, die Frau und die zwei Töchter mißhandelt, die Fenstergehäusen der Hütte eingeschlagen, die Tür aus den Angeln gerissen und versucht, die ganze Behausung in Brand zu setzen, was nur durch die Rückkehr des Litwinski verhindert worden ist. Die Schriftleitung der „Wostok“ hat die Angelegenheit dem zuständigen Gericht überwiesen.

Auf der Station Koblakow in Uwerbetshin hat der Vize I. den Korrespondenten Rodensow mit dem Messer angefallen. Das war ein Raubakt dafür, daß Rodensow in der Bahnhofszeitung eine Notiz untergebracht hatte, in welcher er darüber sein Ersinnen zum Ausdruck brachte, daß der I. eingekerkert wurde, trotzdem er nicht Mitglied des Verbandes ist.

Im Dorf Gubliki des Ieningradischen Gouvernements hat der Landarbeiter S. den Dorfkorrespondenten der Zeitung „Krasnaja“ mißhandelt. Im Dorf Ljcherepski ist der Korrespondent Bonbrenko von Dorfbewohnern beschossen worden, als er aus der Gegend nach Hause zurückkehrte. Bonbrenko hat durch seine Korrespondenten verhindert, daß diese Dorfkulaken das Land unter sich so aufteilten, wie sie es wollten. Im Dorf Sabulowo des Ieningradischen Gouvernements hat der Spiritusbrenner und Wucherer S. ein Attentat auf das Leben des Korrespondenten Petrow verübt. Der S. ist ergriffen worden.

Ferner folgt eine lange Reihe von Berichten über Verletzungen und Entlassungen von Arbeiterkorrespondenten, so zum Beispiel:

Der Kapitän des Dampfers „Kojlow“ hat den Arbeiterkorrespondenten der Dampferzeitung, den Matrizen S., mißhandelt. Jedoch gelang es der Schriftleitung der „Saratowskaja Iswestija“ und den Gewerkschaftsstellen zu ermitteln, daß S. wieder eingestellt wird. Auf den Iswestjowerten ist der Korrespondent Alexejew, der seit dem Jahr 1901 auf dem Werke tätig ist, entlassen worden, weil er in der Zeitung die Enthüllung von verschiedenen Missetaten veranlaßt hatte. Die Schriftleitung „Iswestija-Pravda“ ist aber für ihn eingetreten und die Angelegenheit ist dem Gericht übergeben worden.

Aus diesen Notizen, die in fast jeder Nummer der Sowjetzeitungen sehr häufig sind, ist auch zu entnehmen, daß zwischen den leitenden Wirtschaftsstellen und den Korrespondenten ein recht gespanntes Verhältnis besteht. Es ist natürlich sehr schwer zu entscheiden, ob tatsächlich im Einzelfall die Tatsache, daß der Entlassene Arbeiterkorrespondent ist, zu seiner Entlassung Veranlassung gegeben hat oder ob mangelhafte Leistungen vorgelegen haben. Immerhin aber erfreuen sich die Korrespondenten des ganz besonderen Schutzes der gewerkschaftlichen Stellen und der Gerichte.

## Verhältnis zwischen Arbeiterpartei und Gewerkschaft

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat kürzlich die Landeszentralen über das Verhältnis zwischen der politischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften befragt. Die ausführliche Darstellung dieser Erhebung ist in der Monatschrift des IGB (Die Internationale Gewerkschaftsbewegung, Sept. 1927) veröffentlicht worden. Nachstehend folgt eine kurze Übersicht der auf den Fragebogen eingegangenen Antworten:

Beratungen zwischen Partei und Gewerkschaftsbund: Alle gewerkschaftlichen Landeszentralen, mit Ausnahme derjenigen von Griechenland und Jugoslawien, berichten, daß sie über die Fragen, die beide Bewegungen betreffen, mit der sozialistischen Partei ihres Landes gemeinsame Besprechungen abhalten.

Zusammenkünfte mit der Partei: Von Fall zu Fall in Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Kanada, Mexiko, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei (Wrag und Reichenberg) und Ungarn, Großbritannien; monatlich zwischen dem Generatrat des britischen Gewerkschaftsbundes und dem Vorstand der Arbeiterpartei Niederlande; alle drei oder vier Monate zwischen den Vorständen des niederländischen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Belgien: Die Gewerkschaftskommission ist im Büro des Generatrates der belgischen Arbeiterpartei durch drei Mann, die Arbeiterpartei in der Gewerkschaftskommission durch zwei vertreten. Die beiderseitigen Vertreter haben die gleichen Rechte wie die übrigen Mitglieder. Dänemark: Drei Vertreter von beiden Seiten. Deutschland: Keine förmliche Vertretung, dagegen werden gegenseitig Vertreter in die Parteiausstellungen und die Sitzungen des Bundes gewählt. Großbritannien: Der Vorstand der Arbeiterpartei setzt sich aus 24 Mitgliedern zusammen, wovon 13 die Gewerkschaften vertreten. Lettland: Sogenannte Personalunion. Der Parteirat wählt immer ein Mitglied der Landeszentrale in den Parteivorstand. Österreich: Der Gewerkschaftsbund ist im Reichsparteivorstand durch einen Mann vertreten. Rumänien: Der Gewerkschaftsbund ist auf dem Parteikongress durch drei vollberechtigte Leute vertreten. Tschechoslowakei (Reichenberg): Zwei Vertreter von jeder Seite. In den übrigen Ländern ist die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Organen der Partei nicht amtlich vertreten.

Bestimmte Abmachungen über die Vertretung im Parlament haben nur Großbritannien und Ungarn. Anschließ des Gewerkschaftsbundes bei der Partei: Der ungarische Gewerkschaftsbund ist als Kollektivmitglied der Partei angegeschlossen. In Belgien und Großbritannien gibt es viele Gewerkschaften, die der politischen Partei angegeschlossen sind. Die Zentralen selbst sind jedoch nicht angegeschlossen. In Kanada, Spanien und Schweden sind einige Organisationen oder Ortsgruppen der politischen Partei angegeschlossen. In Dänemark zahlt der Gewerkschaftsbund die Hälfte der Parteibeiträge an die sozialistische Arbeiterinternationale. In den übrigen Ländern ist der kollektive Anschluß nicht eingeführt.

Gemeinsame Einrichtungen gibt es in Belgien, Dänemark, Großbritannien, Lettland, Niederlande, Österreich, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei (Wrag) und Ungarn. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften läßt in Dänemark, Deutschland, Frankreich, Schweden, Spanien und der Tschechoslowakei nichts zu wünschen übrig. In Kanada, Mexiko, Niederlande, Österreich, Polen und der Schweiz kommt es zuweilen zu kleinen Reibungen. In Holland wurde eine kürzlich ernannte Kommission mit der Untersuchung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft beauftragt.

## Erziehung zum Internationalismus

Die bedeutendste holländische bürgerliche Tageszeitung „De Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 15. September schreibt u. a. folgendes über die auf dem Kongress zu Danzig gehaltenen und durch Rundfunk verbreiteten Esperanto-Vorträge:

Jeder spricht nämlich zunächst einige Worte in seiner Muttersprache und hat danach eine kurze Ansprache in Esperanto, welche letztere ins Deutsche übersetzt wird. Eine dünne Reihe von ihr und schreibbar sinnlosen Lauten geht an unseren Ohren vorbei, wenn da sinnlich ungarisch, bulgarisch, südslawisch oder japanisch gesprochen wird. Und immer wieder fällt uns auf, wie dieselbe aus unverständlicher Stimme übergeht in glasklares Esperanto und aus dem Beweise leuchtet, daß all die schreibbar in voneinander verschiedenen Schreibe doch ganz in derselben Weise denken können und daß bei der Anwendung der internationalen Sprache von Dr. Zamenhof der gegenseitigen Verständigung von Menschen verschiedener Nationalitäten kein einziges Hindernis mehr in den Weg gelegt wird. Im Gegenteil, die Esperanto-Kongresse bringen uns stets mit Menschen in Verbindung, die unter ganz anderen Verhältnissen leben und die die Welt aus einem von dem unfrischen so grundverchiedenen Gesichtspunkt aus sehen, daß man Dinge hört und Einbild in Verhältnisse bekommt, die uns vollständig verschlossen bleiben würden, solange wir uns lediglich auf den Verkehr mit unseren eigenen Landes- und Sprachgenossen beschränken wollten. Diese Kongresse sind als solche eine Schule, die sich wie keine andere zur Erziehung der Menschheit zum Internationalismus im besten Sinne des Wortes eignet.

# Das Jahrbuch 1926 des ADGB

Auf dem Kleen Vortragsabend der Sozialdemokratie sprach Dr. Hilberding das Wort aus: „Der Wochenslohn des Arbeiters ist ein politischer Lohn“, damit war ausgesprochen, daß die wirtschaftlichen Forderungen den politischen Bedürfnissen des Proletariats gleichzusetzen sind. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch das Ringen der freien Gewerkschaften um Vertriebs- und Wirtschafts-demokratie zu erklären. Die politische Demokratie ohne Wirtschafts-demokratie würde für die Arbeiterklasse auf die Dauer unhaltbar sein. Darum kann die freie Gewerkschaft wohl parteipolitisch neutral sein, sie kann sich aber in unseren Zeitkämpfen keinesfalls eine gesellschaftspolitische Neutralität leisten. Diese Auffassung spiegelt auch das Jahrbuch 1926 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wieder, das jetzt erschienen und von der Verlagsgesellschaft des ADGB Berlin, S. 14, Inselstraße 6, zu beziehen ist.

Das Jahr 1926 ist als staatspolitisches Ruhejahr anzusprechen, um so fäher und folgenreicher war das Ringen in der Wirtschaft und damit waren die Gewerkschaften mehr in den Vordergrund der Betrachtungen gerückt. Das Jahr 1926 brachte der Wirtschaft die sogenannte Reingewinnkrise, die im Berichtsjahr 1926 von der „Nationalisierungskrise“ mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit abgelöst wurde. In dieser harten Notzeit der Lohnarbeiterklasse befand sich das Unternehmertum im fortgeschrittenen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse, eine willkürliche Staatsregierung stand auf Seiten des Kapitalismus und so waren die Kräfte der deutschen Gewerkschaften aufs äußerste angespannt, um diesen Generalsturm der Reaktion abzuwehren. Das Jahr 1926 wird als schwarzes Jahr im Gedächtnis der Arbeiter fortleben. Betrachtet man einmal die Zahlen der Erwerbslosigkeit, wie sie das Jahrbuch aufweist. Das Jahr 1926 begann mit zunehmender Arbeitslosigkeit. Im Februar wurde der höchste Stand von 22,6 v. H. erwerbslose Mitglieder der dem ADGB angeschlossenen Verbände erreicht, dieser Satz lag im Laufe des Jahres nicht unter 14,5 v. H. herunter. Dazu kamen noch die Kurzarbeiter mit ähnlichen Zahlen, so daß jedes zweite Gewerkschaftsmitglied ohne Arbeit oder mit nur kurzer Teilbeschäftigung war. Dieses Ergebnis wurde durch den englischen Bergarbeiterstreik etwas herabgemindert, denn der nahezu halbjährige Streik brachte eine starke Beschäftigung des deutschen Kohlenbergbaus. Die Zahl der aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Erwerbslosen schwankte zwischen 1 316 758 und 2 058 858, dazu kommen noch die Ausgesteuerten und die Nichtunterstützten. Diese Zahlen geben erst ein Gesamtbild von der Schwere der Krise. Der Bericht gibt weiter Auskunft über die Bemühungen der Bundesleitung, die Arbeitslosigkeit durch Schaffung erhöhter Arbeitsgelegenheit zu mildern, ferner den Sporn der Krise durch Erhöhung der Unterstützungssätze, der Kurzarbeiterunterstützung und der Ausdehnung der Dauer der Unterstützung eine Erleichterung zu schaffen. Der Bundesvorstand kann fernab von erfolgreichen Willen bei Schaffung der Arbeitslosenfürsorge berichten. Bei den Beratungen im Reichswirtschaftsrat, sowie bei den Reichstagsverhandlungen wurde den den verantwortlichen Genossen mitgewirkt, um das möglichste für die Arbeiterklasse heranzubekommen. Auch die Steuer- und Sozialpolitik der Regierung, besonders das Ringen um den Arbeitslosenrat, erforderte die dauernde Bereitschaft der führenden Gewerkschaften. Mit der Annahme des Arbeitsgerichtsgesetzes im Dezember 1925 wurde ein neuer Abschnitt im Arbeitsrecht erreicht.

Das gewerkschaftliche Bildungswesen wurde im Berichtsjahr sehr gefördert. Die Verbandsschulen in Linz, Frankfurt, Berlin und Düsseldorf wurden von den Verbänden stark besichtigt. Rund 300 Arbeiter konnte durch die Kurse der Gewerkschaften der Segen einer besseren Schulung zuteil werden. Auch dem Massenbildungswesen durch Vorträge und Filme wurde volle Beachtung geschenkt. Die Gewerkschaften gaben im Berichtsjahr rund 2 1/2 Millionen für Bildungszwecke aus.

Über die Stärke der deutschen Gewerkschaften gibt das Jahrbuch folgende Auskunft. In 33 Verbänden wurden im Jahresdurchschnitt 977 589 Mitglieder gezählt, und zwar 3 200 213 männliche, 659 498 weibliche und 117 877 jugendliche. Die Zahlen sind gegenüber den letzten Jahren niedriger und es wird wohl der niedrige Stand der Mitglieder in der Reichsregierung erreicht worden sein. Der Einfluß der schwierigen Krisen ist unverkennbar. Diese Mitgliederzahlen besagen durch ihre Beiträge eine Summe von 148 Millionen Mark

auf, von denen allein 68 Millionen in der Krise als Unterstützung zur Auszahlung gebracht werden mußten, dem steht eine geringere Streifenunterstützung gegenüber. Hoffen wir, daß die folgenden Jahre eine Änderung zugunsten der Arbeiterklasse bringen werden.

## Schriftenhand

**Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.** Einführung, Gesetz und Sachregister von Paul Wolbling, Obermagistratsrat in Berlin. Das Arbeitsrecht Deutschlands, Band X. — 118 Seiten — 1927 — Preis gebunden 2,80 M., in Leinen gebunden 3,60 M. — Industrieverlag Spach & Finde, Berlin W 10. Der überaus wichtige Gegenstand der Arbeitslosenvermittlung wird völlig neu durch das Reichsgesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Juli 1927 geregelt. Die Kenntnis dieses Gesetzes ist notwendig, insbesondere für alle Unternehmer und Arbeitnehmer, auch für die Behörden, Gerichte und Gemeinwesen. Um jedermann in den Stand zu setzen, sich dieses umfangreiche Gesetz zu verschaffen, gibt der bekannte Arbeitsrechtler und Praktiker der Arbeitsvermittlung, Obermagistratsrat Wolbling, eine Textausgabe mit eingehendem alphabetischen Sachregister sowie einer gemeinverständlichen Einführung in den Gegenstand heraus.

**Das Baugewerbe im Wandel der Zeiten.** Von Otto Kaufmann. Preis 1,50 M. Eine Übersicht über das Baugewerbe und des gewerblichen Handverletztums von der Urzeit bis heute. Verlag Otto Kaufmann, Berlin W. 57, Kurfürstenstr. 165 III.

**Der deutsche Staatsrat.** Von Paul Ufermann. Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin S 14, Inselstraße 6. Preis 7 A.

**Arbeitsrecht.** Die wichtigsten Ein Haus- und Handbuch für freie Arbeiter. 20 Seiten, 2,25 M. Verlag G. Altenberger, Waldenburg in Schlesien. Eine Sammlung von Erklärungen, Gebieten, Ansprüchen, Programmzusammenstellungen, über 200 Angaben weiteren geeigneten Materials und eine Einführung. Es ist das erste umfangreiche Werk für sozialistische Vereine, denen es reiches und wertvolles Material für ihre Feiern bietet. Es ist ein Erbauungsbuch für jeden Einzelnen. Beiträge stellen zur Verfügung unter anderem: Bruno Schönland, Professor Dr. Radermacher, Ludwig Seifen, Professor Robert Seidel, Ernst Alcar u. a., ferner kommen zu Vortr.: Hermann Söns, Goethe, Wilhelm Raabe, Lenau, E. v. Wildenbruch u. a.

**Das Werkzeug.** Fachblatt für Werkzeugmacherei und Präzisionsmaschinenbau. Erscheint monatlich zum Vierteljahrspreis von 2,25 M. Verlag Moesig & Co. G. m. b. H., Berlin W. 35, Köpenickerstr. 2. Die neueste Nummer bringt Arbeiten über das wirtschaftliche Fertigen von Schneidmaschinen und anderes.

**Der Flugmotor.** 1. Teil Grundlagen. Heft 7 der Schriftenreihe „Flugzeugbau und Luftfahrt“, die der Verlag C. J. E. Volkmann Nachfolger G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2 im Auftrag des deutschen Luftfahrt-Verbandes herausgibt. Preis 2,50 M. An Hand vieler untergeordneter Abbildungen behandelt der Verfasser Dipl.-Ing. W. Köller unter Berücksichtigung aller Anforderungen, die der Flugbetrieb an die Kroatanlage der Luftfahrzeuge stellt, die Wirkungsweise des Flugmotors und aller seiner Nebenteile. Nicht eine schematische Aufzählung der Einzelteile und der Wirkungsweise des Flugmotors oder Beschreibung eines Einzelbauteils bietet das anregend geschriebene Werk, sondern es läßt den Leser tief in die „Motorenseele“ hineinschauen und reißt sich würdig an die bisher erzieltenen Beste der Sammlung an.

**Karte 1.** Das Wort Karte stammt aus dem Französischen und geht zurück auf „carte“, das heißt „beschriebenes Papier“. Ursprünglich bedete das Wort den Begriff der Kampfordnung bei Turnierspielen, fand später Aufnahme in das Völkerecht, so daß man auch von Kartellen zwischen verschiedenen Staaten sprach. Heute verstehen wir unter Kartellen Vereinigungen mehrerer wirtschaftlicher Unternehmungen zum Zwecke der Marktbeeinflussung und der Preisgestaltung.

**Archimedes lebte 287 v. Chr. in Syrakus und gilt als der berühmteste Mathematiker des Altertums. Er entdeckte das spezifische Gewicht, das heißt die Inhaltsermittlung eines unregelmäßigen Körpers nach seiner Wasserverdrängung. Er erdachte den ersten Kran, erkannte die Grundlagen des Hebelgesetzes und äußerte sich zu seinen kammenden Zeitgenossen: Gebt mir zwei feste Punkte an und ich will die Welt aus ihren Angeln heben. Bei der Eroberung von Syrakus wurde er von den eindringenden Römern bei seinen mathematischen Arbeiten am Gewölbe übertrübt; er wies sie aus seinen Fenstern: „Erdet meine Leiche nicht“ — es fand seine letzten Worte der feiner Ermordung geweiht.**

## Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchauffee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat September 1927

Krankentasse:	
Einnahmen	70207,52 M.
Ausgaben	24218,11 M.
Mehrerinnahmen	45089,41 M.
Kassenbestand am 1. September 1927	1 149 825,08 M.
80. September 1927	1 185 814,44 M.
Sterbefasse:	
Einnahmen	85544,78 M.
Ausgaben	10804,19 M.
Mehrerinnahmen	24 940,81 M.
Kassenbestand am 1. September 1927	959 906,24 M.
80. September 1927	984 846,90 M.

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiter-Krankentasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schanden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungstellen jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchauffee 20.

## Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart  
Telephon-Nummern: C.-L. 624 41, 624 42, 624 43  
Mit Sonntag dem 30. Okt. ist der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Oktober bis 5. November 1927 fällig. Stuttgart, Ackerstraße 16. Der Verbandsvorsitzend.

## Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalken:

von Elektromotoren und Antriebsmitteln nach Adenscheid-Dy von Metallarbeitern aller Branchen nach Swinemünde (Vommerwerk) V. a. G. • Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi = Mißstände; U = Auslieferung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

## Verbandsanzeigen

**Wiesbaden:** Als Geschäftsführer ist der Kollege Hermann Wehr (Wiesbaden) gewählt. Den Bewerbungen besten Dank. **Kaiserlautern:** Als Kassierer wurde Kollege Johann Hammerl von hier gewählt; den übrigen Bewerbern besten Dank. **Mannheim:** Geschäftsführer gewählt zum 2. Januar 1928. Verlangt wird gute Kraft. Bewerber muß in Verbänden und schriftlichen Arbeiten bewandert sein, agitatorische Fähigkeiten und Kenntnisse in arbeitsrechtlichen Fragen besitzen, sowie mindestens eine fünfjährige Mitgliedschaft im DMV aufweisen können. Gehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung. Bewerbungen mit den Aufschriften: „Bewerbung“ und Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf, Mitgliedschaftsdauer und Familienverhältnisse sind bis zum 20. November 1927 zu richten an die Verwaltungsstelle Mannheim, Z. 5. 12 zu Händen des Bevollmächtigten Hans Döhl. Wohnungsverhältnisse schwierig. **Druck und Verlag:** Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stuttgart Ackerstraße 16

# Von 30jährigen Magenleiden befreit!

Offizielle Beurteilung als Spezialist: **Herbert Wehr**, 30 Jahre lang an Magenleiden, die sich von Jahr zu Jahr steigerten. Die Schmerzen, die ich empfinden habe, können nicht an einem anderen Ort als in einem alten Magen und Intestinum von dem Herba-ria-Präparat gelindert werden. Nach einer Zeit von 4 Wochen mit diesem Tee, den ich täglich einnahm, bis ich wieder schmerzlos war. Ich kann jetzt wieder leben und arbeiten, ohne mich über Schmerzen zu beklagen. Ich bin wieder ein gesunder Mensch. Ich empfehle dieses Präparat allen Magenleidenden, die sich nicht durch andere Mittel erlösen lassen. Ich habe mich selbst davon überzeugt, daß dieses Präparat ein wirkungsvolles Mittel ist, um Magen- und Darmleiden zu beseitigen. Ich empfehle dieses Präparat allen Magenleidenden, die sich nicht durch andere Mittel erlösen lassen. Ich habe mich selbst davon überzeugt, daß dieses Präparat ein wirkungsvolles Mittel ist, um Magen- und Darmleiden zu beseitigen.

**Herbert Wehr**, 30 Jahre lang an Magenleiden, die sich von Jahr zu Jahr steigerten. Die Schmerzen, die ich empfinden habe, können nicht an einem anderen Ort als in einem alten Magen und Intestinum von dem Herba-ria-Präparat gelindert werden. Nach einer Zeit von 4 Wochen mit diesem Tee, den ich täglich einnahm, bis ich wieder schmerzlos war. Ich kann jetzt wieder leben und arbeiten, ohne mich über Schmerzen zu beklagen. Ich bin wieder ein gesunder Mensch. Ich empfehle dieses Präparat allen Magenleidenden, die sich nicht durch andere Mittel erlösen lassen. Ich habe mich selbst davon überzeugt, daß dieses Präparat ein wirkungsvolles Mittel ist, um Magen- und Darmleiden zu beseitigen.

**Trinke Kaffee nur von Westphal**  
Bestester Kaffee  
Westphal-Mischung 78. Preis 2,75  
Kaffee-Erste-Mischung 78. Preis 2,75  
Kaffee-Erste-Mischung 78. Preis 2,75

**ZIGARETTEN** GEG-ZIGARETTEN IM KONSUMVEREIN  
aus rein orientalischen Tabaken

**Die deutsche Elektrizitätsversorgung**  
Zum Preise von 5 Mark kann durch alle Verwaltungsstellen des DMV bezogen werden:

**Größte Produktion der Welt!**  
**OPEL**  
Raucht GARBÁTY Baccarat